

A. G E S C H Ä F T S V E R T E I L U N G

I. Z i v i l s e n a t e

Dem I a) Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Patentrecht und Gebrauchsmusterrecht nebst Verträgen hierüber;
2. die Rechtsstreitigkeiten aus Verträgen über die Benutzung eines Geheimverfahrens oder über die ausschließliche Verwertung nicht geschützter gewerblicher Erzeugnisse;
3. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet der Arbeitnehmererfindungen;
4. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gesetz über den Sortenschutz usw. vom 27. Juni 1953, soweit sie nicht dem I b) Zivilsenat zugewiesen sind;
5. die Patentnichtigkeitssachen, Zwangslicenzsachen und Patentrücknahmesachen;
6. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden gegen Beschlüsse des Bundespatentgerichts in Patent- und Gebrauchsmustersachen;
7. die Ansprüche gegen einen Patentanwalt aus Anlaß seiner Berufstätigkeit (Patentanwaltsgesetz) einschließlich von Schadensersatzansprüchen;
8. die Entscheidungen nach § 7 Abs. 2 LwVG (kraft Gesetzes).

Dem I b) Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über Urheberrecht, Verlagsrecht und das Geschmacksmusterrecht;
2. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes, soweit sie nicht dem I a) Zivilsenat zugewiesen sind, insbesondere die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Warenzeichen,
 - b) Ansprüche aus dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, dem Rabattgesetz und der Zugabeverordnung,
 - c) Firmen- und Namensrecht, soweit es sich um die Verwechslbarkeit im geschäftlichen Verkehr handelt;

3. die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gesetz über Sortenschutz usw. vom 27. Juni 1953, soweit es sich um Streitigkeiten über den Sortennamen handelt;
4. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden gegen Beschlüsse des Bundespatentgerichts in Warenzeichen- und Geschmacksmustersachen;
5. die Rechtsstreitigkeiten über Vergleiche, sofern es nicht mit Rücksicht auf das anzuwendende Recht zweckmäßig erscheint, daß die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird;
6. die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 36 ZPO und § 9 EGZPO;
7. alle Rechtsstreitigkeiten und Entscheidungen, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind.

Dem II. Zivilsenat sind zugewiesen

1. a) die Seesachen (HGB §§ 474 ff nebst SeemannsO vom 2. Juni 1902, SeemannsG vom 26. Juli 1957 und StrandungsO vom 17. Mai 1874, § 44),
b) die Rechtsstreitigkeiten aus den Reichsgesetzen über Binnenschifffahrt und Flößerei (einschließlich von Zusammenstößen von Schiffen mit Nichtschiffen),
c) die Rechtsstreitigkeiten über Schleppverträge und Versicherungen (einschließlich von Rückversicherungen) wegen Wasser- (See- oder Fluß-) Transport allein oder in Verbindung mit Landtransport,
d) die Rechtsstreitigkeiten aus dem Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken vom 15. November 1940, über Besitz und Eigentum an Schiffen und Schiffsbauwerken sowie über Ansprüche aus schuldrechtlichen Verträgen über Schiffe und Schiffsbauwerke,
e) die Rechtsstreitigkeiten über Schiffspfandrechte und Zwangsvollstreckung in Schiffe (ZVG §§ 162 ff);
2. die Rechtsstreitigkeiten über Ansprüche aus Speditions-, Lager- und Frachtgeschäften;
3. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von Wertpapieren,
 - b) Ansprüche aus Besitz und Eigentum (einschließlich der Fälle des § 771 ZPO), Nießbrauch und Pfandrecht

(einschließlich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts, HGB § 369) an Wertpapieren sowie aus Rechtsgeschäften hierüber,

- c) Ansprüche auf Grund des Börsengesetzes und des Gesetzes betr. die Pflichten der Kaufleute bei Aufbewahrung fremder Wertpapiere,
- d) Ansprüche aus Kontokorrenten (HGB § 355),
- e) Ansprüche aus Kommissionsgeschäften (HGB §§ 383 ff);

4. die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Ansprüche aus Gesellschaftsverhältnissen (BGB §§ 705 ff) und Gemeinschaften (BGB §§ 741 ff),
- b) innere Verhältnisse von Handelsgesellschaften, stillen Gesellschaften, eingetragenen Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie Vereinen (auch Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit) mit Einschluß der Rechtsstreitigkeiten zwischen diesen Gesellschaften, Genossenschaften oder Vereinen und ihren Vorstandsmitgliedern oder Geschäftsführern,
- c) Firmenrecht (HGB §§ 17 ff), soweit nicht der I b) Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2 c),
- d) Ansprüche aus dem Erwerb eines Handelsgeschäftes (GVG § 95 Nr. 4 d);

5. die Rechtsstreitigkeiten über Wechselsachen, Schecksachen und Ansprüche aus kaufmännischen Anweisungen;

6. die Rechtsstreitigkeiten über Versicherungsverhältnisse;

7. die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662 ff) zwischen Kreditinstituten und ihren Kunden oder zwischen Kreditinstituten untereinander, soweit die Institute die üblichen Bankgeschäfte betreiben und nicht mit Sonderaufgaben befaßt sind (wie z.B. Bausparkassen, Teilzahlungsinstitute und ähnliche);

8. die Entscheidungen im Falle des § 28 FGG,

- a) sofern es sich um die Führung der Schiffsregister, Binnenschiffsregister und Schiffsbauregister und sonstige Befugnisse der Registerrichter oder Dispachen handelt,
- b) soweit es sich um die Führung der Handelsregister, Genossenschaftsregister und Vereinsregister und um sonstige Befugnisse der Registerrichter handelt;

9. die Entscheidungen nach §§ 9, 14, 28, 31 der 1. DV-AktG vom 29. September 1937.

Dem III. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über

a) Schadensersatzansprüche

aa) von Körperschaften des öffentlichen Rechts gegen ihre Beamten, Richter und Soldaten auf Grund des Dienstverhältnisses,

bb) gegen Beamte aus § 839 BGB, soweit nicht der V. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2 i),

cc) gegen Körperschaften des öffentlichen Rechts auf Grund des Art. 131 WRV und des Art. 34 GG,

dd) gegen Körperschaften des öffentlichen Rechts aus der Verletzung der Straßenunterhaltungspflicht oder Verkehrssicherungspflicht auf Straßen,

b) die Ansprüche von Beamten, Richtern und Soldaten sowie ihren Hinterbliebenen auf Grund des Dienstverhältnisses, soweit noch die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte begründet ist;

2. die Rechtsstreitigkeiten über

a) Ansprüche auf Entschädigung wegen

aa) Enteignung und enteignungsgleichen Eingriffs,

bb) Inanspruchnahme auf Grund des Reichsleistungsgesetzes und des Bundesleistungsgesetzes oder wegen polizeilicher Maßnahmen enteignungsähnlicher Art,

cc) unschuldig erlittener Untersuchungshaft oder Freispruchs im Wiederaufnahmeverfahren,

b) vermögensrechtliche Ansprüche aus Aufopferung für das gemeine Wohl und aus öffentlich-rechtlicher Verwahrung sowie Schadensersatzansprüche aus der Verletzung öffentlich-rechtlicher Pflichten (VwGO § 40 Abs. 2 Satz 1);

3. die Entscheidungen über Revisionen in Angelegenheiten des Baulandbeschaffungsgesetzes vom 3. August 1953 und des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960;

4. Erbrecht einschließlich von Erbschaftskäufen, soweit nicht der IV. Zivilsenat (Nr. 1 c) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 f) zuständig ist;

5. Schenkungen (BGB § 516 ff), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2a) zuständig ist, sowie Stiftungen (BGB § 80 ff), Nießbrauch an Vermögen (BGB §§ 1085 ff) und Leibrenten (BGB §§ 759 ff);
6. die Entscheidungen nach § 109 BRAO (auch in Verbindung mit § 108 BNotO) sowie § 77 Abs. 2 der Wirtschaftsprüferordnung und § 56 Abs. 2 des Steuerberatungsgesetzes;
7. die Entscheidungen nach § 159 Abs. 1 GVG in Zivilsachen nebst § 2 FGG;
8. die Entscheidungen, die erforderlich werden, bevor sich der für die Bearbeitung der Sache zuständige Senat feststellen läßt.

Dem IV. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Personenrecht, insbesondere Namensrecht (BGB § 12), soweit nicht der I b) Zivilsenat zuständig ist (Nr. 2 c), einschließlic Entmündigungen und Todeserklärungen,
 - b) Familienrecht,
 - c) die erbrechtlichen Wirkungen der Zugewinnngemeinschaft (BGB § 1371 nF);
2. die Entscheidungen in Fällen des § 28 FGG, sofern es sich um Personenrechts- und Familienrechtssachen handelt;
3. die Bestimmung des zuständigen Gerichts im Falle des § 650 Abs. 3 ZPO;
4. die Rechtsstreitigkeiten über Rückgriffsansprüche, die mit Rückerstattungssachen zusammenhängen;
5. die Rechtsstreitigkeiten über Angelegenheiten des Bundesgesetzes zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz) und des Bundesgesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes;
6. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes gemäß § 23 Abs. 1. § 29 Abs. 1 EGGVG über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die

von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiete des bürgerlichen Rechts einschließlich des Handelsrechts, des Zivilprozesses und der freiwilligen Gerichtsbarkeit getroffen sind.

Dem V. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Entscheidungen über Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen;
2. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Verträgen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte (einschließlich Vorkaufs und Wiederkaufs),
 - b) Landpachtverträge (LandpachtG v. 25. Juni 1952 § 1),
 - c) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an Grundstücken und an Sachen, die mit einem Grundstück oder Gebäude in körperliche Verbindung gebracht sind, mit Einschluß von Überbau und Grenzverhältnissen (BGB §§ 912 - 916, 919 - 923), ferner die Rechtsstreitigkeiten aus dinglichen Vorkaufsrechten und Rechtsgeschäften darüber,
 - d) Ansprüche aus dinglichen Rechten an Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten und Rechtsgeschäften darüber,
 - e) Nachbarrecht nebst dessen Verletzung (BGB §§ 903 - 910, GewO § 26),
 - f) Erbrecht, wenn es sich ausschließlich oder überwiegend um vom allgemeinen Recht abweichendes Recht der Erbfolge in landwirtschaftliche Grundstücke handelt,
 - g) Zwangsvollstreckung in Grundstücke mit Einschluß von Kauf und Tausch von Rechten aus dem Meistgebot (ZVG § 81),
 - h) Bergrechtssachen (EGBGB Art. 67) einschließlich der Abbaurechtssachen (EGBGB Art. 68) sowie Wasserrechtssachen (EGBGB Art. 65) einschließlich der Deich- und Sielrechtssachen (EGBGB Art. 66),
 - i) Schadensersatzansprüche wegen Amtspflichtverletzung von Grundbuchbeamten in Grundbuchsachen einschließlich der Rückgriffsansprüche gegen Beamte,
 - k) Jagd- und Fischereirechte nebst Verträgen hierüber,
 - l) kirchenrechtliche Verhältnisse sowie Schuldbaulasten und Grabstätten (EGBGB Art. 132, 133),
 - m) Familiengüter und Lehen (EGBGB Art. 59);

3. die Entscheidungen in den Fällen

- a) des § 28 FGG, sofern es sich um Nachlasssachen handelt,
- b) des § 79 GBO,
- c) des § 2 ZVG und des § 3 des Gesetzes zur Änderung der Vorschriften des Fideikommiss- und Stiftungsrechtes vom 28. Dezember 1950.

Dem VI. Zivilsenat sind zugewiesen die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Ansprüche aus unerlaubten Handlungen, soweit nicht der III. Zivilsenat (III 1 a) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 c, i und k) zuständig ist, sowie Schadensersatzansprüche aus Heilbehandlung, auch wenn die Ansprüche auf Vertrag gestützt sind,
- b) Ansprüche aus Unfällen, an denen ein Kraftfahrzeug, eine Eisenbahn oder eine Straßenbahn beteiligt sind, auch wenn sie auf den Beförderungsvertrag gestützt sind, jedoch mit Ausnahme der zur Zuständigkeit des II. Zivilsenats (Nr. 2) gehörenden Frachtverträge über Güter,
- c) Schadensersatzansprüche auf Grund sonstiger besonderer Gesetzesvorschriften (z.B. ZPO § 302 Abs. 4, §§ 717, 945), soweit sie nicht einem anderen Senat besonders zugewiesen sind,
- d) Dienstverhältnisse, soweit nicht der I a) Zivilsenat (Nr. 7), der II. Zivilsenat (Nr. 4 b) oder der VII. Zivilsenat (Nr. 1 b und 2) zuständig ist,
- e) Schadensersatzansprüche gegen Rechtsanwälte und Notare.

Dem VII. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Werkverträge, soweit nicht der VI. Zivilsenat (a) zuständig ist,
- b) Dienstverhältnisse der Architekten und anderer bei Bauten beschäftigter Personen;

2. die Rechtsstreitigkeiten über Auftragsverhältnisse (BGB §§ 662 - 675) und Geschäftsführung ohne Auftrag (BGB §§ 677 - 687), soweit nicht der II. Zivilsenat zuständig ist (Nr. 7);

3. die Rechtsstreitigkeiten über Darlehen (BGB §§ 607 ff) oder abstrakte Schuldverhältnisse (BGB §§ 780 ff), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 3 c und d) zuständig ist;
4. die Rechtsstreitigkeiten über ungerechtfertigte Bereicherung (BGB §§ 812 ff), sofern es nicht mit Rücksicht auf das neben diesen Bestimmungen anzuwendende Recht zweckmäßig erscheint, daß die Sache von dem für dieses Recht zuständigen Senat erledigt wird;
5. die Rechtsstreitigkeiten über Schiedsverträge und Schiedssprüche (ZPO §§ 1025 ff, § 274 Abs. 2 Nr. 3);
6. die Rechtsstreitigkeiten über die Vertragsverhältnisse der Handelsvertreter (HGB §§ 84 ff);
7. die Entscheidungen in den Fällen des § 28 FGG, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 8), der IV. Zivilsenat (Nr. 2) oder der V. Zivilsenat (Nr. 3 a) zuständig ist.

Dem VIII. Zivilsenat sind zugewiesen

1. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Kauf und Tausch von beweglichen Sachen und Rechten, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 3 a) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 d und g) zuständig ist,
 - b) Miet- und Pachtverhältnisse, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 b) zuständig ist
 - c) Leihe und Verwahrung (BGB §§ 598 ff, 688 ff), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 3 c), der III. Zivilsenat (Nr. 2 b) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 a) zuständig ist,
 - d) Bürgschaften (BGB §§ 765 ff); jedoch ist bei Rechtsstreitigkeiten über eine Bürgschaft für die Zuständigkeit die Hauptverbindlichkeit maßgebend, wenn nur deren Bestand den Gegenstand des eigentlichen Streites bildet,
 - e) die Rechtsstreitigkeiten über die Vertragsverhältnisse der Makler (BGB §§ 652 ff) einschließlich der Handelsmakler (HGB §§ 93 ff) sowie über Ansprüche aus § 254 HGB;
2. die Rechtsstreitigkeiten über
 - a) Ansprüche aus Besitz und Eigentum an beweglichen Sachen,

aus Funden (BGB §§ 965 ff) sowie auf Vorlegung von Sachen (BGB §§ 809 - 811), soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 3 b) zuständig ist,

- b) Ansprüche aus Nießbrauch und Pfandrecht an beweglichen Sachen und Rechten einschließlich des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts (HGB § 369) und von Rechtsgeschäften hierüber, soweit nicht der II. Zivilsenat (Nr. 1 und 3 b) oder der V. Zivilsenat (Nr. 2 d) zuständig ist;

3. die Rechtsstreitigkeiten über

- a) Zwangs Vollstreckung in anderes als unbewegliches Vermögen (einschließlich der Klagen auf Erlass des Vollstreckungsurteils und mit Einschluß von § 771 ZPO, dagegen mit Ausschluß der §§ 767 - 769 ZPO),
- b) Zwangs Vollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen und zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen (ZPO §§ 883 ff) sowie Offenbarungseid und Haft (ZPO §§ 899 ff), soweit nicht der III. Zivilsenat (Nr. 1 a) zuständig ist,
- c) Anfechtung von Rechtsgeschäften eines Schuldners zum Nachteil seiner Gläubiger im Konkurs und außerhalb des Konkurses (KO §§ 29 ff, 196; AnfechtungsG), auch soweit Scheingeschäft behauptet wird.

II. S t r a f s e n a t e

Dem 1. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bamberg, Karlsruhe, Koblenz, München, Neustadt a.d.W., Nürnberg, Saarbrücken und Stuttgart, sowie des Landgerichts Darmstadt aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main;
2. die Revisionen in Militärstrafsachen (zweiter Teil des Wehrstrafgesetzes vom 30. März 1957, BGBl I 298).

Dem 2. Strafsenat sind zugewiesen

1. die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke der Oberlandesgerichte Bremen, Düsseldorf (ohne die Landgerichte Kleve, Mönchen-Gladbach und Krefeld), Frankfurt am Main (ohne das Landgericht Darmstadt) und Köln;
2. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (StPO §§ 12 ff, JGG § 42 Abs. 3), soweit nicht der 3. Strafsenat (Nr. 3 a) zuständig ist, die Bestimmung des zuständigen Gerichts nach § 19 Abs. 2 Zuständigkeitsergänzungsg vom 7. August 1952, BGBl III 310-1, und die sonstigen Entscheidungen, die keinem anderen Strafsenat zugeteilt sind.
3. Der 2. Strafsenat ist zugleich Senat für Wirtschaftsprüfersachen (WiPrO § 74) sowie Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen (StBeratG § 53).

Dem 3. Strafsenat sind zugewiesen

1. a) die Untersuchungen und Entscheidungen im ersten und letzten Rechtszug in den Strafsachen aus dem Gebiet der Bundesrepublik, die in § 134 GVG bezeichnet sind,
b) die Untersuchungen und Entscheidungen im ersten und letzten Rechtszug in den Strafsachen, die die in Berlin begangenen, in § 134 GVG bezeichneten Straftaten betreffen;
2. a) die Revisionen in Strafsachen gegen die Entscheidungen derjenigen Strafkammern aus dem Gebiet der Bundesrepublik, die in § 74 a GVG bezeichnet sind, soweit nicht der 5. Strafsenat zuständig ist (dort Nr. 3),

- b) die Revisionen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG bezeichneten Strafkammer des Bezirks des Kammergerichts in Berlin-Charlottenburg mit Ausnahme derjenigen Entscheidungen, die Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigungen (StGB §§ 234 a, 241 a; Bln. Ges. zum Schutze der persönlichen Freiheit v. 14. Juni 1951, GVBl 417) betreffen;
- 3. a) die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes als gemeinschaftliches oberes Gericht (StPO §§ 12 ff, JGG § 42 Abs. 3), soweit es sich um die durch §§ 74 a, 120 GVG begründete Zuständigkeit der Landgerichte und Oberlandesgerichte und um die durch § 102 JGG begründete Zuständigkeit der Jugendschöffengerichte handelt,
- b) die Entscheidungen nach § 153 c StPO.

Dem 4. Strafsenat sind zugewiesen

- 1. die Revisionen in Strafsachen für die Bezirke des Oberlandesgerichts Hamm sowie der Landgerichte Kleve, Mönchengladbach und Krefeld aus dem Bezirk des Oberlandesgerichts Düsseldorf;
- 2. die Revisionen in Verkehrsstrafsachen (einschließlich der Eisenbahn- und Luftunfälle mit Ausnahme von Unfällen der Berliner Stadtbahn);
- 3. die Entscheidungen nach § 27 des Deutschen Auslieferungsgesetzes vom 23. Dezember 1929.

Dem 5. (Berliner) Strafsenat sind zugewiesen

- 1. die Revisionen in Strafsachen für den Bezirk des Kammergerichts in Berlin-Charlottenburg und für die Bezirke der Oberlandesgerichte Braunschweig, Celle, Hamburg, Oldenburg und Schleswig;
- 2. die Revisionen gegen die Entscheidungen der in § 74 a GVG bezeichneten Strafkammer des Bezirks des Kammergerichts in Berlin-Charlottenburg, die Fälle der Verschleppung und der politischen Verdächtigung (StGB §§ 234 a, 241 a; Bln. Ges. zum Schutze der persönlichen Freiheit v. 14. Juni 1951, GVBl 417) betreffen;
- 3. die Revisionen in Strafsachen gegen Entscheidungen der Gerichte in der Bundesrepublik, wenn es sich um die Anwendung des Berliner Gesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 14. Juni 1951, GVBl 417, handelt;

4. die Entscheidungen des Bundesgerichtshofes gemäß § 23 Abs. 1, § 29 Abs. 1 EGGVG über die Rechtmäßigkeit der Anordnungen, Verfügungen oder sonstigen Maßnahmen, die von den Justizbehörden zur Regelung einzelner Angelegenheiten auf dem Gebiet der Strafrechtspflege oder von den Vollzugsbehörden im Vollzug der Freiheitsstrafen, der Maßregeln der Sicherung und Besserung, des Jugendarrests und der Untersuchungshaft getroffen sind.

III. G r o ß e S e n a t e (nachrichtlich)

Die Zuständigkeit des Großen Senates für Zivilsachen, des Großen Senates für Strafsachen und der Vereinigten Großen Senate ergibt sich aus dem Gerichtsverfassungsgesetz, dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, dem Deutschen Richter-gesetz, der Bundesrechtsanwaltsordnung, der Wirtschafts-prüferordnung und dem Steuerberatungsgesetz.

IV. K a r t e l l s e n a t (nachrichtlich)

Der Kartellsenat ist kraft Gesetzes für die Entscheidungen über die in § 95 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen aufgeführten Rechtsmittel zuständig.

V. D i e n s t g e r i c h t d e s B u n d e s (nachrichtlich)

Das Dienstgericht des Bundes ist kraft Gesetzes in denjenigen Angelegenheiten von Richtern, Mitgliedern des Bundesrechnungshofes, Staatsanwälten sowie Bundes- und Landesanwälten zuständig, die ihm durch das Deutsche Richter-gesetz übertragen sind.

VI. S e n a t f ü r A n w a l t s s a c h e n (nachrichtlich)

Der Senat für Anwaltssachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Bundesrechtsanwalts-ordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 109 BRAO, für die der III. Zivil-senat zuständig ist.

VII. S e n a t f ü r N o t a r s a c h e n (nachrichtlich)

Der Senat für Notarsachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Bundesnotarordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheiden-gen nach § 108 Abs. 2 BNotO i.V.m. § 109 BRAO, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

VIII. S e n a t f ü r W i r t s c h a f t s -
p r ü f e r s a c h e n
(nachrichtlich)

Der Senat für Wirtschaftsprüfersachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in der Wirtschaftsprüferordnung dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 77 Abs. 2 der Wirtschaftsprüferordnung, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

IX. S e n a t f ü r S t e u e r b e r a t e r -
u n d S t e u e r b e v o l l m ä c h t i g -
t e n s a c h e n
(nachrichtlich)

Der Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigtensachen ist kraft Gesetzes für diejenigen Angelegenheiten zuständig, die in dem Steuerberatungsgesetz dem Bundesgerichtshof zugewiesen sind, mit Ausnahme der Entscheidungen nach § 56 Abs. 2 Steuerberatungsgesetz, für die der III. Zivilsenat zuständig ist.

S c h l u ß b e s t i m m u n g e n
z u r G e s c h ä f t s v e r t e i l u n g

- I. Erachtet ein Senat vor Anberaumung eines Termins zur mündlichen Verhandlung einer bei ihm anhängig gemachten Sache einstimmig, daß sie nach der Art des anzuwendenden Rechtes vor einen anderen bestimmten Senat gehöre, so ist sie dorthin abzugeben, falls nicht die Abgabe aus besonderen Gründen unzweckmäßig erscheint. Der Abgabebeschluß ist für den Senat, an den die Sache verwiesen ist, bindend.
- II. Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreits entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn das aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.
- III. Rechtsstreitigkeiten, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals, wenn auch wegen eines anderen Teiles desselben Anspruchs, sei es in dem bisherigen oder in einem neuen Prozeß, an den Bundesgerichtshof gelangen, gehören vor jenen Senat, selbst wenn inzwischen eine Änderung der Geschäftsverteilung Platz gegriffen hat. Die Sache kann jedoch dem nach dem Geschäftsverteilungsplan an sich zuständigen Senat mit dessen Zustimmung zugewiesen werden, wenn besondere Gründe hierfür sprechen. Die Übergangsregelung vom 1. Oktober 1956 gemäß den Beschlüssen des Präsidiums vom 20. September 1956 Nr. IX c und vom 14. Dezember 1956 Nr. II A 9 bleibt unberührt.
- IV. Für Vertragshilfesachen aus dem Vertragshilfegesetz vom 26. März 1952 ist jeweils derjenige Zivilsenat zuständig, zu dessen Rechtsgebiet die zu regulierende Verbindlichkeit gehört. Sind mehrere Verbindlichkeiten zu regulieren, so entscheidet die dem Betrage nach höchste Verbindlichkeit.
- V. Rechtsbeschwerden nach § 56 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 25. März 1952 sind im Hinblick auf die Geschäftsverteilung wie Revisionen zu behandeln.

- VI. Strafsachen, in denen ein Senat eine Entscheidung erlassen hat und die nochmals an den Bundesgerichtshof gelangen, werden wieder von diesem Senat bearbeitet, selbst wenn der Geschäftsverteilungsplan inzwischen geändert worden ist.

Die Übergangsregelung vom 1. Oktober 1956 gemäß den Beschlüssen des Präsidiums vom 20. September 1956 Nr. IX c und vom 14. Dezember 1956 Nr. II A 9 bleibt unberührt.

- VII. Betrifft in einer Vorlegungssache die zur Entscheidung gestellte Rechtsfrage ein Rechtsgebiet, das zur Zuständigkeit eines bestimmten Strafsenats gehört, so ist dieser Senat für die Entscheidung über die Vorlegungssache zuständig, gleichgültig, ob sich die Vorlegung auf § 120 Abs. 3 GVG oder auf § 121 Abs. 2 GVG stützt.
- VIII. Bei den Senaten anhängige, von Änderungen des Geschäftsverteilungsplans betroffene Sachen gehen unbeschadet des Absatzes 2 auf den nunmehr zuständigen Senat über, soweit sie seit dem 1. Januar 1962 eingegangen sind, es sei denn, daß bis zum 31. Dezember 1962 Termin bestimmt ist.
- Soweit der I a) und der I b) Zivilsenat Sachen vom I. Zivilsenat übernehmen, erstreckt sich der Übergang auch auf alle anhängigen Sachen. Der Übergang von Sachen vom V. auf den III. Zivilsenat beschränkt sich auf die ab 1. Januar 1963 eingehenden Sachen.

B. B E S E T Z U N G D E R S E N A T E

(Stand vom 1. Januar 1963)

I. Z i v i l s e n a t eI a) Zivilsenat

Senatspräsident	Dr. Nastelski
Bundesrichter	Dr. Bock (stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Dr. Spreng
Bundesrichter	Dr. Löscher (in erster Linie KS) 1
Bundesrichter	6 Dr. Spengler (in erster Linie Anwaltssenat u. 11 Notarsenat) 11
Bundesrichter	Claßen

(Außerdem ist in Aussicht genommen, dem I a) Zivilsenat einen von den 4 neu zu wählenden und zu ernennenden Bundesrichtern zuzuteilen).

Bis zum 31. 1. 1963 gehören die in erster Linie dem I b) Zivilsenat zugeteilten Bundesrichterin Dr. Krüger-Nieland und Bundesrichter Jungbluth, Pehle und Ebel zugleich dem I a) Zivilsenat an.

I b) Zivilsenat

Senatspräsident	Professor Dr. Wilde
Bundesrichterin	Dr. Krüger-Nieland (stellv. Vorsitzende)
Bundesrichter	4 Jungbluth (in erster Linie KS) 2
Bundesrichter	Pehle
Bundesrichter	Ebel

(Außerdem ist in Aussicht genommen, dem I b) Zivilsenat 2 von den 4 neu zu wählenden und zu ernennenden Bundesrichtern zuzuteilen).

Bis zum 31. 1. 1963 gehören die in erster Linie dem I a) Zivilsenat zugeteilten Bundesrichter Dr. Bock, Dr. Spreng, Dr. Löscher und Claßen zugleich dem I b) Zivilsenat an.

II. Zivilsenat

Senatspräsident
Bundesrichter

Dr. Fischer, Robert
Dr. Kuhn (stellv. Vorsitzender,
außerdem KS) *a KS 3*

Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter

6 Dr. Nörr
Liesecke
Dr. Reinicke
Dr. Bukow

(Außerdem ist in Aussicht genommen, dem II. Zivilsenat einen von den 4 neu zu wählenden und zu ernennenden Bundesrichtern zuzuteilen).

III. Zivilsenat

Senatspräsident
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter

Dr. Pagendarm
Dr. Kreft (stellv. Vorsitzender)
Dr. Arndt
8 Dr. Beyer
Dr. Hußla
Gähtgens
Kessler
Dr. Reinhardt

IV. Zivilsenat

Senatspräsident
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter

Ascher
Raske (stellv. Vorsitzender)
Johannsen
8 Wüstenberg
Maaß
Wilden
Dr. Loewenheim
Dr. Graf

V. Zivilsenat

Senatspräsident
Bundesrichter

Dr. Tasche
Dr. Augustin (stellv. Vorsitzender,
in erster Linie KS) *4*

Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter

8 Schuster
Dr. Piepenbrock
Dr. Rothe
Dr. Freitag
Dr. Mattern
Offterdinger (in erster Linie KS) *5*

VI. Zivilsenat

Senatspräsident
Bundesrichter

Dr. Engels
Dr. Kleinewefers (stellv. Vorsitzender,
außerdem Anwalts-
senat) *Ha*

Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter

8
Dr. Meyer, Karl
Hanebeck
Dr. Bode
Dr. Hauss
Meyer, Heinrich
Dr. Pfretzschner

VII. Zivilsenat

Senatspräsident
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter

Glanzmann
Dr. Winkelmann (stellv. Vorsitzender)
Rietschel
Dr. Heimann-Trosien
8
Erbel
Meyer, Hubert
Dr. Vogt (in erster Linie Anwalts-
senat u. Notarsenat)

Bundesrichter

Dr. Finke *7. 2. 2*

VIII. Zivilsenat

Senatspräsident
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter

7
Dr. Haidinger
Dr. Gelhaar (stellv. Vorsitzender)
Artl
Dr. Dorschel
Dr. Mezger
Dr. Messner
Mormann

II. S t r a f s e n a t e1. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Geier
Bundesrichter	Dr. Seibert (stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Dr. Willms
Bundesrichter	Dr. Hübner (in erster Linie KS)
Bundesrichter	Fischer, Friedrich
Bundesrichter	Mai
Bundesrichter	Dr. Sanders

2. Strafsenat (zugleich Senat für Wirtschaftsprüfersachen
sowie Senat für Steuerberater- und
Steuerbevollmächtigtensachen)

Senatspräsident	Dr. Baldus
Bundesrichter	Dr. Dotterweich (stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Scharpenseel (außerdem 3. StS)
Bundesrichter	Kirchhof (in erster Linie Anwaltssenat und Notarsenat)
Bundesrichter	Meyer, Gerd
Bundesrichter	Mayr
Bundesrichter	Henning

3. Strafsenat

Senatspräsident	Dr. Rotberg
Bundesrichter	Weber, Kurt (stellv. Vorsitzender)
Bundesrichter	Scharpenseel (in erster Linie 2. StS)
Bundesrichter	Dr. Wiefels
Bundesrichter	Dr. Hengsberger
Bundesrichter	Dr. Faller
Bundesrichter	Dr. Schumacher (außerdem Senat f. Notarsachen)
Bundesrichter	Dr. Weber, Reinhold (außerdem 4. StS)

1963

4. Strafsenat

Senatspräsident
Bundesrichterin
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter

Bundesrichter

Dr. Jagusch
Krumme (stellv. Vorsitzende)
Martin
Prof. Dr. Lang-Hinrichsen
Dr. Flitner
Börtzler (in erster Linie
Anwaltssenat und
Notarsenat)

Dr. Weber, Reinhold (in erster
Linie 3.StS)

5. (Berliner) Strafsenat

Senatspräsident
Bundesrichterin
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter
Bundesrichter

Sarstedt
Dr. Koffka (stellv. Vorsitzende)
Schmidt, Adolf
Siemer
Schmitt, Rudolf
Dr. Börker
Kersting

III. G r o ß e S e n a t e 1963 u. 1964Zivilsachen

Mitglieder	Vertreter
Bundesrichterin Dr. Krüger Nieland (I b) Zivilsenat)	Bundesrichter Jungbluth (Kartellsenat u. I b) Zivilsenat)
Senatspräsident Dr. Robert Fischer (II. Zivilsenat)	Bundesrichter Dr. Reinicke (II. Zivilsenat)
Bundesrichter Dr. Kreft (III. Zivilsenat)	Senatspräsident Dr. Pagendarm (III. Zivilsenat)
Bundesrichter Johannsen (IV. Zivilsenat)	Senatspräsident Ascher (IV. Zivilsenat)
Bundesrichter Dr. Augustin (Kartellsenat u. V. Zivil- senat)	Bundesrichter Schuster (V. Zivilsenat)
Bundesrichter Dr. Hauß (VI. Zivilsenat)	Bundesrichter Hanebeck (VI. Zivilsenat)
Bundesrichter Dr. Heimann- Trosien (VII. Zivilsenat)	Bundesrichter Dr. Vogt (VII. Zivilsenat)
Senatspräsident Dr. Haidinger (VIII. Zivilsenat)	Bundesrichter Dr. Mezger (VIII. Zivilsenat)

Strafsachen

Mitglieder	Vertreter
Senatspräsident Dr. Geier (1. Strafsenat)	Senatspräsident Dr. Rotberg (3. Strafsenat)
Senatspräsident Dr. Baldus (2. Strafsenat)	Bundesrichter Scharpenseel (2. Strafsenat)
Senatspräsident Sarstedt (5. Strafsenat)	Bundesrichterin Dr. Koffka (5. Strafsenat)
Senatspräsident Dr. Jagusch (4. Strafsenat)	Bundesrichter Dr. Hengsberger (3. Strafsenat)
Bundesrichter Martin (4. Strafsenat)	Bundesrichter Dr. Hübner (Kartellsenat u. 1. Strafsenat)
Bundesrichter Rudolf Schmitt (5. Strafsenat)	Bundesrichter Dr. Dotterweich (2. Strafsenat)
Bundesrichter Kurt Weber (3. Strafsenat)	Bundesrichter Dr. Faller (3. Strafsenat)
Bundesrichter Prof. Dr. Lang- Hinrichsen (4. Strafsenat)	Bundesrichter Dr. Willms (1. Strafsenat)

IV. K a r t e l l s e n a t

Präsident des Bundesgerichtshofs	Dr. Heusinger	1
Bundesrichter	Dr. Augustin (stellv. Vorsitzender; außerdem V. ZS)	2
Bundesrichter	Dr. Kuhn (in erster Linie II. ZS)	a
Bundesrichter	Dr. Hübner (außerdem 1. StS)	-
Bundesrichter	Dr. Löscher (außerdem I a) ZS)	3
Bundesrichter	Jungbluth (außerdem I b) ZS)	a
Bundesrichter	Hill (außerdem Anwaltssenat)	4
Bundesrichter	Offterdinger (außerdem V. ZS)	5

7(5)

V. D i e n s t g e r i c h t d e s B u n d e s
(nachrichtlich)

Durch Beschluß des Präsidiums sind für die Zeit bis zum
31. Dezember 1966 bestellt worden:

Zum Vorsitzenden:	Senatspräsident Dr. Baldus (2.StS)
zu Stellvertretern des Vorsitzenden:	Senatspräsident Dr. Nastelski (I a ZS) Bundesrichter Dr. Dotterweich (außerdem 2. StS) Bundesrichter Scharpenseel (außerdem 2. StS);
zu ständigen Beisitzern:	Bundesrichter Dr. Dotterweich Bundesrichter Scharpenseel
zu Stellvertretern der ständigen Beisitzer:	Bundesrichter Dr. Hengsberger (außerdem 3. StS) Bundesrichter Dr. Hußla (außerdem III. ZS)
zu nichtständigen Beisitzern:	Bundesrichter Dr. Kreft (außerdem III. ZS) Bundesrichter Dr. Hübner (außerdem 1. StS)
zu Stellvertretern der nichtständigen Beisitzer:	Bundesrichter Johannsen (außerdem IV. ZS) Bundesrichter Dr. Heimann-Trosien (außerdem VII. ZS)

VI. Senat für Anwaltsachen

Vorsitzender (kraft Gesetzes):	Präsident des Bundesgerichtshofs Dr. Heusinger	
Stellvertretender Vorsitzender:	Senatspräsident Glanzmann (VII. ZS)	?
Beisitzende Mitglieder des Bundesgerichtshofs	Bundesrichter Dr. Spengler (außerdem Ia) ZS)	2
	Bundesrichter Dr. Vogt (außerdem VII. ZS)	3
	Bundesrichter Kirchhof (außerdem 2. StS)	—
	Bundesrichter Börtzler (außerdem 4. StS)	—
Vertreter:	Bundesrichter Dr. Kleinewefers (in erster Linie VI. ZS)	a
	Bundesrichter Hill (in erster Linie KS)	a

VII. Senat für Notarsachen (nachrichtlich)

Durch Beschluß des Präsidiums sind für die Zeit bis zum 31. März 1965 bestellt worden:

Zum Vorsitzenden:	Senatspräsident Glanzmann (VII. ZS)	a
zum Stellvertreter des Vorsitzenden:	Senatspräsident Dr. Pagendarm (III. ZS)	—
zu richterlichen Beisitzern:	Bundesrichter Dr. Spengler (außerdem I a) ZS)	1
	Bundesrichter Börtzler (außerdem 4. StS)	—
	Bundesrichter Dr. Schumacher (außerdem 3. StS)	—
zu Vertretern der richterlichen Beisitzer:	Bundesrichter Dr. Vogt (außerdem VII. ZS)	
	Bundesrichter Kirchhof (außerdem 2. StS)	

VIII. Senat für Wirtschaftsprüfer-
sachen

Als Senat für Wirtschaftsprüfersachen entscheidet der
2. Strafsenat.

IX. Senat für Steuerberater-
und Steuerbevollmächtigten-
sachen

Als Senat für Steuerberater- und Steuerbevollmächtigten-
sachen entscheidet der 2. Strafsenat.

V E R T R E T U N G

- - - - -

und Zugehörigkeit zu mehreren Senaten

I. Soweit ein Richter mehreren Senaten angehört und von mehreren Senaten gleichzeitig benötigt wird, geht die Anforderung des Senates vor, dem der Richter in erster Linie zugeteilt ist. Die Anforderung der Großen Senate und des Dienstgerichts des Bundes geht allen anderen Anforderungen vor.

II. a) Vertretung in den Zivilsenaten

1. Es vertreten sich jeweils gegenseitig die Mitglieder des I a) und des I b) Zivilsenats, des IV. und des V. Zivilsenats, des III. und des VI. Zivilsenats. Die Mitglieder des Kartellsenats werden von den Mitgliedern des I b) Zivilsenats vertreten, die Mitglieder des II. Zivilsenats von denen des VII. Zivilsenats, die Mitglieder des VII. Zivilsenats von denen des VIII. Zivilsenats, die Mitglieder des VIII. Zivilsenats von denen des II. Zivilsenats.
2. In eiligen Fällen kann jeder Zivilsenat darüber hinaus alle anderen Senate in ihrer nummernmäßigen Reihenfolge, beginnend mit dem der Nummer nach folgenden Senat, auf Gewährung eines Vertreters in Anspruch nehmen.

b) Vertretung in den Strafsenaten

1. Die Mitglieder des 1. Strafsenates werden durch die des 2. Strafsenates, die Mitglieder des 2. durch die des 4. Strafsenates, die Mitglieder des 4. durch die des 1. Strafsenates vertreten.
2. Zur Vertretung der Mitglieder des 3. Strafsenates ist in der Reihenfolge der Vertretungsfälle jeweils ein Mitglied der Strafsenate 1 und 4 in dieser Reihenfolge berufen.
3. Sind in einer Revisions-Strafsache, die zur Zuständigkeit des 3. Strafsenates gehört, so viele Mitglieder des Senates gemäß § 22 Nr. 1 StPO von der Ausübung des Richteramtes kraft Gesetzes ausgeschlossen, daß der Senat ohne Zuziehung von Vertretern nicht mehr ordnungsgemäß besetzt ist, so ist an seiner Stelle der 2. Strafsenat zuständig.

4. Zur Vertretung der Mitglieder des 5. (Berliner) Strafsenates ist in der Reihenfolge der Vertretungsfälle jeweils ein Mitglied der Strafsenate 1, 2 und 4 in dieser Reihenfolge berufen.

c) Bestimmung der im Einzelfall zur Vertretung berufenen Senatsmitglieder

Soweit ein Senat gemäß der vorstehenden Vertretungsregelung einen Vertreter zur Verfügung zu stellen hat, sind die dem Senat angehörenden Bundesrichter in der Reihenfolge vom niedrigsten bis zum höchsten Dienstalter nacheinander zur Vertretung berufen. Ist der hiernach zur Vertretung berufene Bundesrichter an der Vertretung verhindert, so tritt der im Dienstalter folgende Bundesrichter für ihn ein.

- d) Ist ein Mitglied der Großen Senate des Bundesgerichtshofes und zugleich sein Vertreter verhindert, die ihm obliegenden Geschäfte innerhalb des Großen Senates wahrzunehmen, so tritt an die Stelle des jeweiligen ordentlichen Vertreters derjenige Vertreter im Großen Senat für Zivilsachen oder Strafsachen, der jeweils in der allgemeinen Reihenfolge der Vertreter auf den verhinderten Vertreter folgt.

A N H A N G

- - - - -

zum Geschäftsverteilungsplan

A. S i t z u n g s t a g e u n d S i t z u n g s s ä l e

	<u>Sitzungstage</u>	<u>Sitzungssäle</u>
I a) Zivilsenat	Dienstag (Hauptsitzungstag) Donnerstag	H 223 H 223
I b) Zivilsenat	Freitag (Hauptsitzungstag) Mittwoch	H 223 H 223
II. Zivilsenat	Montag, Donnerstag	H 122
III. Zivilsenat	Montag, Donnerstag	W 411
IV. Zivilsenat	Mittwoch, Freitag	H 123
V. Zivilsenat	Dienstag, Mittwoch, Freitag	H 222
VI. Zivilsenat	Dienstag, Freitag	W 511
VII. Zivilsenat	Montag, Donnerstag	W 511
VIII. Zivilsenat	Montag Mittwoch	H 123 W 511
1. Strafsenat	Dienstag Donnerstag	W 411 H 123
2. Strafsenat (zugleich Senat für Wirtschaftsprüfersachen sowie Steuerberater- und Steuerbevollmächtig- tensachen)	Montag Mittwoch	N 241 H 122
3. Strafsenat	Mittwoch (Revisionsverhand- lungen)	W 411
4. Strafsenat	Mittwoch Freitag	H 223 W 411
5. Strafsenat	Dienstag, Freitag	Berlin
Kartellsenat	Donnerstag	H 223
Anwaltssenat und Notarsenat	Montag	H 223

Ergänzend wird auf die seinerzeit allen Senatspräsidenten und Bundesrichtern zugeleitete Verfügung vom 11. Juli 1960 hingewiesen, in der die Senate gebeten worden waren, einzelne für jeden Senat angegebene Sitzungstage nach Möglichkeit wegfällen zu lassen.

B. G e s c h ä f t s o r d n u n g

(Auszug)

§ 1

S e n a t e

- (1) ...
- (2) ...
- (3) Jedes Mitglied des Bundesgerichtshofes muß einem Senat als ständiges Mitglied angehören. Jeder Senat muß einschließlich des Vorsitzenden aus mindestens fünf ständigen Mitgliedern bestehen.

§ 2

P l e n u m

Vor das Plenum gehören die Beratung und Beschlußfassung über die Geschäftsordnung des Bundesgerichtshofes und ihre Änderung und Ergänzung (§ 140 GVG) sowie über diejenigen den Geschäftsgang betreffenden Angelegenheiten, die der Präsident vor das Plenum verweist.

§ 3

P r ä s i d i u m

Das Präsidium beschließt in den ihm durch das Gesetz oder durch diese Geschäftsordnung zugewiesenen Angelegenheiten. Es entscheidet außerdem im Zweifelsfall, vor welchen Senat eine Sache gehört.

§ 4

P r ä s i d e n t

- (1) Dem Präsidenten liegen neben den Geschäften, die ihm als Vorsitzenden des Plenums, des Präsidiums, der Großen Senate, der Vereinigten Großen Senate und eines einzelnen Senates zukommen, die Leitung und die Beaufsichtigung des ganzen Geschäftsganges ob.
- (2) Der Präsident verteilt die Geschäftsräume und die für die regelmäßigen Sitzungen bestimmten Wochentage auf die Senate.

- (3) Der Präsident regelt die Verteilung der Geschäfte unter die nichtrichterlichen Beamten des Gerichts. Er ist im Sinne der beamtenrechtlichen Vorschriften Vorgesetzter und Dienstvorgesetzter der nichtrichterlichen Angehörigen und Dienstvorgesetzter der richterlichen Mitglieder des Bundesgerichtshofes. Bei disziplinären Maßnahmen gegen die richterlichen Mitglieder des Bundesgerichtshofs soll er das Präsidium hören; handelt es sich jedoch um bloße Vorermittlungen, so kann er, auf Antrag des Betroffenen, soll er das Präsidium hören.
- (4) Soweit nicht gesetzliche Vorschriften oder solche Vorschriften gelten, die der Bundesminister der Justiz auf Grund von Gesetzen erlassen hat, erläßt der Präsident die Bestimmungen über die zu führenden Geschäftsbücher, Register und Listen.
- (5) Dem Präsidenten steht die Verfügung, in allen Verwaltungsangelegenheiten zu, vor allem in denjenigen, die das Haushaltswesen, die Geschäftsräume, die Vervollständigung der Bibliothek und sonstige Anschaffungen betreffen.

§ 5

V e r t r e t u n g d e s P r ä s i d e n t e n

In den Angelegenheiten, für die eine Vertretung des Präsidenten nicht durch das Gesetz geordnet ist, vertritt ihn der dienstälteste Senatspräsident.

§ 6

G u t a c h t e n

Hat der Bundesgerichtshof Gutachten, insbesondere über Gesetzgebungsfragen, zu erstatten, so bestimmt das Präsidium des Bundesgerichtshofes, welche Stelle innerhalb des Bundesgerichtshofes die gutachtliche Äußerung abzugeben hat. Es kann dazu bestimmen entweder den einzelnen oder die mehreren Senate, zu deren Zuständigkeit die Gutachterfrage gehört, oder den betreffenden Großen Senat oder eine von ihm aus den Mitgliedern des Bundesgerichtshofes zu bildende Gutachterkommission oder in Ausnahmefällen die Vereinigten Großen Senate oder das Plenum.

§ 7

S i t z u n g e n

- (1) Die Sitzungen der Senate finden wöchentlich an den ein für allemal bestimmten Tagen statt, unter Vorbehalt außerordentlicher Sitzungen, die durch die Umstände nötig werden.
- (2) Die außerordentlichen Sitzungen der Senate sowie die Sitzungen des Plenums, der Großen Senate und der Vereinigten Großen Senate werden von den Vorsitzenden nach Bedürfnis einberufen.
- (3) An Sonntagen und allgemeinen Feiertagen finden Sitzungen nur in Notfällen statt.

§ 8

B e r i c h t e r s t a t t e r

- (1) Bei der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und in Strafsachen ernennt der Vorsitzende des Senats einen Berichterstatter, und zwar in der Regel, nachdem er Termin zur mündlichen Verhandlung anberaumt hat. Der Berichterstatter stellt spätestens eine Woche vor dem Verhandlungstermin dem Vorsitzenden eine schriftliche Bearbeitung der Sache mit den Akten zu. Dem Vorsitzenden steht es frei, vor dem Verhandlungstermin eine weitere vorbereitende Bearbeitung der Sache durch einen zweiten Berichterstatter anzuordnen oder die Akten bei den Senatsmitgliedern mit dem Ersuchen umlaufen zu lassen, zu einzelnen bestimmt bezeichneten Rechtsfragen schriftlich Stellung zu nehmen.
- (2) Wird die Revision durch Beschluß erledigt, so genügt ein mündlicher Vortrag des Berichterstatters.
- (3) Die Vorschriften des Abs. 1 sind sinngemäß anzuwenden
 1. bei Berufungen in Patentsachen,
 2. bei Beschwerden, die gemäß § 28 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder gemäß § 79 der Grundbuchordnung dem Bundesgerichtshof zur Entscheidung vorgelegt werden,
 3. bei Rechtsbeschwerden in Landwirtschaftssachen, sofern es sich nicht um unzulässige Rechtsbeschwerden handelt,

4. bei anderen Beschwerden und Entscheidungen, wenn ein Termin zur mündlichen Verhandlung angesetzt wird; geht der Entscheidung eine mündliche Verhandlung nicht voraus, so wird auf mündlichen Vortrag des vom Senatsvorsitzenden zu bestellenden Berichterstatters entschieden, jedoch ist eine vorbereitende Bearbeitung nicht ausgeschlossen.

§ 9

G r o ß e S e n a t e

- (1) In den Fällen der §§ 136, 137 GVG hat der Senat, der die Entscheidung eines Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate einholen will, die zu entscheidenden Rechtsfragen in einem Beschluß festzustellen und mit diesem Beschluß auch die Akten der Rechtssache dem Vorsitzenden des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate zuzustellen. Im Falle des § 136 GVG hat jedoch der Senat, der von der Entscheidung eines anderen Senats abweichen will, zunächst bei diesem anzufragen, ob er der Abweichung zustimmt; wenn der andere Senat zustimmt, so bedarf es keiner Entscheidung des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate.
- (2) Der Vorsitzende des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senat leitet den Beschluß und die Akten dem Generalbundesanwalt, wenn dieser zu hören ist, zur schriftlichen Stellung seiner Anträge vor der Berichterstattung zu.
- (3) Es werden zwei Berichterstatter ernannt, von denen der eine dem Senat angehören muß, der die Entscheidung des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate einholt. Handelt es sich um eine Entscheidung der Vereinigten Großen Senate, so ist, wenn der erste Berichterstatter einem Zivilsenat angehört, als zweiter Berichterstatter ein Mitglied eines Strafsenats zu bestellen und umgekehrt.
- (4) Die Berichte sind schriftlich zu erstatten. Eine Abschrift der Berichte und der Anträge des Generalbundesanwalts ist vor der Sitzung jedem Mitglied mitzuteilen, das zur Mitwirkung an der Entscheidung berufen ist. Der Generalbundesanwalt ist von der Sitzung rechtzeitig zu benachrichtigen.

- (5) Über das Ergebnis der Beratung hat ein vom Vorsitzenden zu bestimmendes Mitglied des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate eine Niederschrift aufzunehmen.
- (6) Die Entscheidung des Großen Senats oder der Vereinigten Großen Senate ergeht in Form eines Beschlusses mit Entscheidungsgründen; der Beschluß muß die Namen der Richter, die mitgewirkt haben, und den angenommenen Rechtssatz enthalten und ist von den Richtern zu unterzeichnen. Der Beschluß kann auch dahin lauten, daß die Entscheidung der Rechtsfragen mangels der Voraussetzungen der §§ 136, 137 GVG abgelehnt wird.